

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. G. Klee.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 16. April 1889.

№ 30.

Ostern 1889.

Wiederum zieht ein Osterfest über das deutsche Land. Als unser Volk vor Jahresfrist seine Ostern feierte, waren die Herzen in tiefste Trauer versenkt, ernst war die Gegenwart, noch ernster der Ausblick in die Zukunft. Ueberreich an Prüfungen ist dann das Dreikaiserjahr über uns dahingegangen. Erst mit den Bürgschaften, welche die Sinnmüthigkeit der deutschen Fürsten, die Reisen Kaiser Wilhelms II. an die europäischen Höfe für die unerschütterliche Festigkeit des Reichsverbandes, für die Sicherung des Friedens darboten, zog wieder Hoffnung und Zuversicht in die Gemüther. In- und Ausland haben seitdem die Gewißheit gewonnen, daß Deutschland und Preußen in dem neuen Zeitabschnitt ihrer Geschichte keinen Schritt zurück-, wohl aber manchen Schritt vorwärts gethan haben und daß das Steuer unseres Staatschiffs in fester Hand ruht. Um so heller klingen diesmal die Osterglocken von dem wogenumrauschten Seegeflade bis zu den Alpen und den Vogesen, mit dem Andenken an eine große Zeit vereint sich das Vertrauen in eine friedliche und erfreuliche Zukunft. Weite Theile des Vaterlandes waren zur Zeit des vorjährigen Osterfestes von zerstörenden Fluthen heimgesucht, auch diesmal sind einzelne Gegenden schwer betroffen worden, aber die Verwüstung hat doch bei Weitem nicht den Umfang der vorjährigen erreicht. Eine noch ernstere Trauerbotschaft war kurz zuvor aus Samoa herübergekommen: Sturmesgewalt hat zwei Schiffe unserer Flotte mit ihren Besatzungen in die Tiefe des Meeres versenkt. In tiefer Bewegung hat der Kaiser in einem Tagesbefehl an die Marine dem Gefühl der Trauer Ausdruck gegeben, welches die ganze Nation erfaßt hat, sein persönliches Erscheinen inmitten der Marine zu Wilhelmshaven, wo er das nach Samoa zur Ablösung ausgelegende Schiff in die See hinaus geleitete, das nach 6½ monatlicher Abwesenheit aus dem Mittelmeer heimkehrende Geschwader empfing, hat die Herzen nicht nur unserer braven Seelute, sondern der gesammten Küstenbevölkerung hoch erhoben, welcher die Mehrzahl der von den Wellen des Oceans hinweggeraiften angehört hatte.

Es ist nicht Aufgabe einer Osterbetrachtung, die gesammte politische Entwicklung des Jahres rückschauend zu durchblättern. Aber was dasselbe an Gutem und Schlimmen für die Gesamtheit gebracht hat, wirkt wie auf das Geschick so auch auf das Gemüth des Einzelnen. Ob er es mehr oder minder deutlich empfindet, er ist und bleibt doch immer des Ganzen ein Theil. Und wenn wir heute vom Vaterlande rühmen dürfen, daß es vorwärts geschritten ist in innerer Arbeit und in äußerem Ansehen, in unermüdelichem Streben nach Bervollkommnung auf allen Gebieten seines öffentlichen Lebens, so mag der Einzelne um so freudiger sein Osterfest begehen. Jene innere Arbeit hat eine ganze Reihe wichtiger und wirkungsvoller Gesetze gezeitigt, die theils bereits zum Abschluß gelangt sind, theils vor demselben stehen. Zu den letzteren gehört in erster Linie die Alters- und Invalidenversicherung, welche zwar leider nicht mehr als Ostergabe zu Stande gekommen ist, aber bis zum Pfingstfest hoffentlich Gesetz geworden sein wird. In unserem heutigen Staatsleben kann der Werde-Prozeß nicht mehr zum Stillstand gelangen. Wie die Menschenkräfte sich verbrauchen, so erschöpfen sich auch gar viele Gesetze in ihrer Wirksamkeit. Neue Gedanken ringen sich empor, die sich rastlos mehrenden Wechselbeziehungen zwischen den Völkern der Erde schaffen neue Gesichtspunkte und neue Bedürfnisse für das nationale Leben und die nationale Befriedigung des einzelnen Volkes. So entstand auch unsere socialpolitische Gesetzgebung, das Kind dieses Jahrzehnts, welche dem letzteren den bleibenden Stempel aufprägt. Was die Kranken- und Unfallversicherung bisher Segensreiches geleistet, wird längst von immer weiteren Kreisen anerkannt und empfunden, in noch weit höherem Maße wird das

Gesetz, welches die Alters- und Invalidenrente verkündet, als frohe Botschaft für viele Tausende durch das Land gehen.

Die Osterbotschaft ist die Botschaft der Erlösung und der Liebe, denn die Erlösung ist, für unsere christliche Auffassung, der Liebe größtes Beispiel. Möge sie an diesem Osterfeste in die weitesten Schichten des Volkes die Zuversicht tragen, daß, wenn es auch für den Einzelnen mehr oder minder vom Zufall abhängig bleiben wird, welchen Platz für seine Wirksamkeit, für die Ausnutzung seiner Arbeitskraft, er im Leben findet, die große Gemeinschaft seiner Volksgenossen doch wenigstens Mittel und Wege aufzufinden fürsorgend bemüht ist, welche ermöglichen, dem Kranken und Hülfslosen ein Minimum der Sicherheit seiner Existenz zu gewährleisten, — im Sinne der erlösenden Liebe die größte und folgenreichste That nicht nur dieses Jahrhunderts, sondern vielleicht aller Zeiten.

Der Reichstag

hat am Freitag Osterferien gemacht und wird erst am 7. Mai seine Sitzungen wieder aufnehmen, und zwar sofort mit der weiteren Berathung des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes.

Noch bis zuletzt war im Reichstage das Bestreben zu Tage getreten, Stimmung für die Vertagung der Berathung des Gesetzes bis zum nächsten Herbst oder sogar auf ein oder zwei Jahre zu machen. Auf der einen Seite scheut man sich vor den angeblich gefährlichen Wirkungen des Gesetzes, welches nicht nur den Arbeiter vor den wirtschaftlich nachtheiligen Wirkungen des Alters und der Invalidität sichert, sondern auch für diesen Zweck zum ersten Male große Summen von Seiten des Reichs zur Verfügung stellt, auf der anderen Seite befürchtet man, das streng logisch, aber sehr complicirte Gesetz werde sich in der Praxis nicht bewähren, und Andern, nämlich seinen ausgesprochenen Gegnern, paßt es deshalb nicht in den Kram, weil sie fürchten, mit der daraus unter den Arbeitern entstehenden größeren Zufriedenheit werde ihr Geschäft des Führens im Trüben lahm gelegt werden. Während die Einen, welche sonst auf dem Boden der Socialreform stehen, ihr Gewissen beruhigen zu können hoffen, wenn sie gewahrt werden, daß im Volke das Einverständnis mit den Grundfätzen des Gesetzes größer ist, als sie bisher meinten, erhoffen die Andern von einem Aufschube der Entscheidung nach dem bekannten Sprichwort: „Zeit gewonnen, Alles gewonnen,“ daß es ihnen gelingen werde, in den beteiligten Bevölkerungsklassen Mißtrauen und Abneigung gegen das Gesetz hervorzurufen und durch dieses Mittel das Gesetz selbst zu Falle zu bringen. Von dieser Politik hat man schon in den Reichstagsberathungen selbst einen Vorschmack erhalten in den Versuchen, einerseits die Bedeutung des Gesetzes und seine segensreichen Wirkungen möglichst zu verkleinern und die Arbeiter als diejenigen hinzustellen, welche eigentlich die ganze Last des Gesetzes zu tragen haben werden, dann aber wieder eine Erhöhung und Vermehrung der Lasten zu befürworten und die Renten unter wesentlicher Erhöhung des Reichszuschusses in's Ungemeinere hinaufzuschrauben.

In letzterer Richtung bietet die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstags keinen fruchtbaren Boden, weil sich die Majorität im Einvernehmen mit der Regierung an das Mögliche und praktisch Erreichbare hält. Das haben bisher alle Abstimmungen bewiesen. Eben diese Majorität sollte aber auch dafür sorgen, daß jenen Agitationen auch im Volke der Boden entzogen werde. Denn darüber kann kein Zweifel obwalten, daß, wenn das Gesetz nicht zu Stande kommt, die freisinnig-socialdemokratische Maulwurfsarbeit eine alles Maß überschreitende werden wird. Schon aus diesem Grunde ist zu hoffen, daß die zaghaften Elemente der

Majorität, welche noch kein rechtes Vertrauen zu der Wirkung des Gesetzes haben, den Gegnern nicht das Feld für ihre Thätigkeit bereiten werden. Denn ein Hinauschieben kann nur jenen, nicht aber ihnen Nutzen bringen, weil nicht zu erwarten ist, daß inzwischen irgend eine bessere Art der Lösung gefunden werden kann.

Minister von Boetticher hat in der letzten Sitzung seinerseits keinen Zweifel darüber gelassen, daß die verbündeten Regierungen auf einer Erledigung des Gesetzes bestehen, daß sie von einer Vertagung nichts wissen wollen, sondern vom Reichstage eine Quittung erhalten müssen. Diese Mahnung wird hoffentlich ihre Wirkung auf die bisherige Majorität — und an diese war sie doch wohl vorzugsweise gerichtet — nicht verfehlen. Wenn Theile derselben noch in Sorge sind und sich erst über die Stimmung ihrer Wähler orientiren wollen, so bietet ihnen hierzu die jetzige Osterzeit genügende Gelegenheit. Möchte diese das Ihrige zur Klärung beitragen, damit bei dem Wiederbeginn der Sitzungen die Beratung weiter gefördert und das Gesetz selbst zu gedeihlichem Abschluß gebracht werden kann.

Bur Geschichte der socialistischen Arbeiterpartei in Deutschland

ist kürzlich bei H. Wilhelmi in Berlin unter dem Titel: „Was nun?“ eine Schrift von Dr. D. Hammann, erschienen, welche mit Zahlen, Thatsachen und kritischen Erläuterungen das Treiben und Wesen der Socialdemokratie schildert und im gegenwärtigen Zeitpunkt als eine ernste, aus den socialistischen Reden, Thaten und Literaturerzeugnissen geschöpfte Würdigung der Ausnahmestellung dieser Partei und des Verhältnisses des Staates zu ihr willkommen heißen werden darf. In den ersten Abschnitten giebt der Verfasser ein Verbreitungsbild der Socialdemokratie nach der Wahlstatistik und schildert er die Entstehung und die Wirksamkeit der Gewerkschaften (Fachvereine) als Werbe- und Rekrutierungsstellen der Socialdemokratie, sowie die unterirdische Thätigkeit in den Geheimbunden. Dann geht er zu dem öffentlichen Auftreten der Partei im Reichstage während der letzten fünf Jahre über, welche sich für die Parteigeschichte im Vergleich zu den auf den Erlaß des Socialistengesetzes folgenden Jahren der Verwirrung durch neue taktische Bahnen und gesteigerte Agitation kennzeichnen. Bis hierher läßt Dr. Hammann vor Allem die Thatsachen sprechen, welche denn auch eine so deutliche Sprache führen, daß sie kritischer Erläuterungen kaum bedürfen. Es sagt doch genug, wenn wir z. B. lesen, daß wenige Wochen, nachdem der Anarchist Neue wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz, Aufforderung zu Hochverrath und Massenmord, wissentlichen Meineids, Beschimpfung der christlichen Kirche zc. zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war, ein socialdemokratisches, in der Partei sehr angesehenes Blatt, denselben Neue als einen „Ehrenmann“ verherrlichte!

In dem letzten, wichtigsten Abschnitte hat der Verfasser das Wollen und Wirken der Partei einer besonderen Kritik unterzogen und namentlich das Grundverehrte der menschlich-sittlichen Voraussetzungen der socialistischen Theorie, die Verwerflichkeit ihrer Moralbegriffe und das Thörichte ihrer Zukunftshoffnungen nachgewiesen. Nach Vorführung drastischer Beispiele aus der socialistischen Literatur heißt es in dem Buche:

Der zum Hochmuth gesteigerte Glaube an die Heilkraft der eigenen Ideen ist bei der Socialdemokratie zum bösen Willen gegen die bestehende Cultur und das sociale Königthum ausgeartet, dessen redliche Absicht sie rundweg ableugnet und dessen Hilfe für die Arbeiter sie gar nicht wünscht. Die zielbewußten Socialdemokraten dürfen sich hierbei auf ihren Meister Marx berufen, welcher, von seinem systematischen und unfehlbaren Standpunkt aus, durchaus folgerichtig jede sociale Reformpolitik, die nicht communisistisch ist, entschieden verwarf. In dem discours sur le libre échange sagt er: „Im Allgemeinen ist heutzutage das Schutzollsystem conservativ, während das Freihandelsystem zerstörend wirkt. Es zerlegt die früheren Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die sociale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne stimme ich für den Freihandel“. . . Die Socialdemokratie hegt das gegenwärtige Geschlecht auf Kosten einer zukünftigen ungewissen Glückswelt gelüftend in Unzufriedenheit und schürt seine Leidenschaften, um das Staatswesen

außer Rand und Band zu treiben. Hierdurch hat sie in der That diesen Staat, der seinen Beruf gegen die Stürme der Zeit in der Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit erfüllen will, in den Zustand der Nothwehr versetzt und ihm auch ein moralisches Recht gegeben, als unterdrückende Macht ihr zu begegnen.

Daß der Verfasser ein entschiedener Anhänger des Socialistengesetzes ist, versteht sich hiernach von selbst, und er belächelt mit Recht die Hoffnung der Freisinnigen, daß sie gerade, die in positiver Socialreform nichts geleistet haben und nichts leisten wollen, in öffentlichen Redeturnieren die Socialdemokraten überwinden würden. Nach seiner Meinung wird es sich bei dem Erlaß des Socialistengesetzes durch gemeinrechtliche Vorschriften doch immer um politische Maßregeln gegen eine bestimmte Parteidirection handeln, welche sich von jeder anderen dadurch unterscheidet, daß sie diese „wahnfinnige und verbrecherische“ Staats- und Gesellschaftsordnung, diese „infame“ Regierung (Ausdrücke aus einem socialdemokratischen Manifest) nicht verbessern und vervollkommen, sondern von Grund aus zerstören und zertrümmern will, und zwar nicht nur von innen heraus, sondern auch von außen her durch internationale Umwälzungen. Am Schluß tritt Dr. Hammann für die Fortführung der Socialreform ein, unter warmem Danke für die unbeirrte Festigkeit und die glückliche Thatkraft, mit welcher Fürst Bismarck und seine Leute mit den großen Arbeiterschutzgesetzen völlig neues Land erschlossen haben.

Das Bewußtsein von der Gefährlichkeit des Treibens der Umsturzpartei mag sich vielleicht hier und da in bürgerlichen Kreisen in Folge der Sicherheit, die das Socialistengesetz gewährt, etwas abgeschwächt haben. In dieser Beziehung wird die klar und leicht verständlich geschriebene Schrift hoffentlich aufklärend wirken.

Waarenhaus für deutsche Beamte.

Die Bestrebungen, aus wirthschaftlichen Associationen Vortheile zu ziehen, welche in England seit lange schon in ausgedehntem Maße verwirklicht worden sind und dort in den verschiedensten Bevölkerungsklassen — in Industrie- und Arbeiterkreisen in gleicher Weise wie in denen der Armee, der Marine und des Civilbeamtenthums — zu außerordentlicher Wirksamkeit geführt worden sind, gewinnen auch bei uns immer mehr an Boden und werden wohl zweifellos durch die Einführung der Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht noch weitere Ausbreitung erfahren, als in den bisherigen Genossenschaften nach Schulze-Delitzsch'schem Muster.

In derselben Weise wie in England die Angehörigen der Armee und Flotte in den „Army and Navy Stores“ und den „Auxiliary Stores“ sich die Vortheile der wirthschaftlichen Association zu Nutze gemacht haben und diesen Beamtenkreise mit der Begründung der „Civil Service Stores“ gefolgt sind, so ist auch bei uns in gleichem Entwicklungsgange nach dem Muster des rasch emporgeblühten und so segensreiche Thätigkeit entfaltenden Deutschen Officier-Vereins ein neues Unternehmen in's Leben gerufen worden, das die gleichen Vortheile für die Staatsbeamten erringen will und neben seiner wirthschaftlichen Bedeutung große und für weite Kreise des Beamtenthums wichtige humanitäre Ziele verfolgt. Wenn auch das „Waarenhaus für deutsche Beamte“ sich auf den Erfahrungen des Deutschen Officier-Vereins aufbaut, so hat es doch nicht dieselbe juristische Form wie dieser gewählt. Der Officier-Verein ist ein Verein mit den Rechten der juristischen Person, der für seine Geschäftsthätigkeit Gewerbesteuer zahlt, also kein Konsumverein im Sinne des Genossenschaftsgegesetzes.

Das „Waarenhaus für deutsche Beamte“ ist soeben in der Form einer Aktengesellschaft in's Leben getreten, um die die Kaufberechtigung erwerbenden Beamten von jeder Verantwortung und Haftung für die Geschäftsführung zu entlasten. Die Gesellschaft Waarenhaus verfolgt den Zweck, die wirthschaftlichen Interessen der Beamten durch eine möglichst billige Beschaffung von Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen, sowie durch Gewährung von Darlehen und Unterstützungen zu fördern. Ein großer Theil des Reingewinnes dient nach Dotirung des Reservefonds bezw. Abschreibung für Amortisation der Schuldscheine gemeinnützigen Zwecken: der Errichtung eines Darlehnsfonds, eines Fonds zur Unterstützung von Beamten und deren Hinterbliebenen und zur Erzielung wirthschaftlicher Erleichterungen für die Kaufberechtigten. Nur ein Drittel des eventuellen Ueberrestes wird noch den Aktien zugewiesen.

Um so erfreulicher ist das Inslebenreten eines solchen Unternehmens, als es leider eine nicht wegzuleugnende Thatsache ist, daß die während der letzten Jahrzehnte eingetretene Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse

mit welcher eine Aufbesserung der Gehälter nicht gleichen Schritt gehalten hat, in weiten Kreisen unseres in der Regel nicht begüterten Beamtenstandes finanzielle Mißstände hervorgerufen hat, die theils zur Minderung des Privatbesitzes, wo solcher vorhanden war, theils zu einer Verschuldung vieler Elemente des Beamtenstandes geführt haben, aus der sich dieselben ohne gemeinnützige Bestrebungen und werthtätige Hilfe nicht befreien können. Leider wird dieser Nothstand nur zu häufig in gewissenloser Weise ausgebeutet, und ist auch von der Presse schon häufig auf diese Mißstände hingewiesen worden.

So hat, wie in den Blättern der verschiedensten Parteistellung mehrfach übereinstimmend berichtet worden ist, der Wucher gerade in Berlin in erstaunlicher Weise überhand genommen. Tausende von Beamten, Kaufleuten und Handwerkern fallen diesem geschlossenen Ring von gewissenlosen Gelddarlehern zum Opfer, werden gewerbsmäßig ausgebeutet und systematisch ruiniert.

Die kaufberechtigten Beamten bilden einen Verein, der durch einen Beamtenausschuß vertreten wird, welcher nach den Bestimmungen eines Darlehnskassen-Statuts Darlehne an kaufberechtigte Staatsbeamte unter sehr günstigen Bedingungen ausleiht und Regelungen ungeordneter Vermögensverhältnisse, insbesondere Befreiung aus Wucherhänden, übernimmt. Der Beamtenausschuß des Vereins der Kaufberechtigten des Waarenhauses wird voraussichtlich bald über große Kapitalien verfügen und die Darlehns-Kommission in umfassender und wirksamer Weise den Bedürfnissen der Beamten entgegenkommen können, da die zum Darlehnsfonds fließenden Beträge gewissermaßen à fonds perdu gezahlt sind, gar keinem andern Zwecke als dem der Darlehnsverleihung, bezw. bei dem davon abgezweigten Unterstützungsfonds der Zahlung von Unterstützungen dienen, und außerdem der Darlehnsfonds durch die jeweilig neu hinzukommenden Eintrittsgelder und die jährlichen Zuweisungen von den Gewinnüberschüssen der Gesellschaft immer weiter anwächst.

Seit mehreren Monaten schon haben die eingehendsten Beratungen über das geplante Unternehmen stattgefunden, und sind die Satzungen unter dem Beirath bewährter und einsichtsvoller Beamten und geschäftskundiger Männer festgesetzt worden. Selbstverständlich ist das neue Unternehmen seiner Entstehung und Durchführung nach ein vollkommen privates.

Gemäß § 13 der Satzungen sind berechtigt zur Erwerbung der Kaufberechtigung alle activen unmittelbaren und mittelbaren Reichs-, Staats-, kirchlichen und Hof-Beamten, welche einen einmaligen Beitrag von 10 Mark für Lebenszeit oder einen Jahresbeitrag von 3 Mark für jedes Geschäftsjahr zahlen. Zu den mittelbaren Staatsbeamten gehören auch sämtliche ländlichen Grundbesitzer, welche ein Amt der Selbstverwaltung bekleiden. Für Diejenigen, welche die Kaufberechtigung erwerben wollen, diene zur Nachricht, daß die Beitrittserklärung, sowie der Beitrag an das „Centralbureau der Gesellschaft Waarenhaus“, z. B. Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 4/5, II, einzusenden ist. Die Zustellung der Kaufberechtigungsertheilung erfolgt nach Eingang des Beitrages. Die Annahme von Bestellungen und Ausführung von Lieferungen beginnt mit der Eröffnung des Waarenhauses, die im Monat Juni zu erwarten steht. Hiervon wird den Kaufberechtigten durch vorherige Zusendung der ersten Preisliste Kenntniß gegeben werden.

Politische Tagesfragen.

Kaiser Wilhelm in Oldenburg.

Unser Kaiser hat am Sonnabend Abend die Reise nach Oldenburg angetreten und ist daselbst bei seiner Ankunft am Sonntag Morgen vom Großherzog auf das herzlichste empfangen worden. Die Stadt hatte sich prächtig geschmückt und die Einwohnerschaft begrüßte den Kaiser mit dem freudigsten Enthusiasmus. Die Truppen, Innungen, Vereine und Schulen bildeten Spalier, an der Ehrenpforte begrüßte der Oberbürgermeister den Kaiser mit einer Ansprache. Im Laufe des Vormittags wohnte der Kaiser mit dem Großherzog dem Gottesdienste bei. Später unternahm er eine Ausfahrt durch die Stadt, nahm an der Galatafel und Abends an einer vom preussischen Gesandten veranstalteten Gesellschaft Theil. Bei der Tafel im Schloß begrüßte der Großherzog seinen kaiserlichen Gast mit einem in herzlich warmen Worten gehaltenen Trinkspruch, welchen der Kaiser in gleicher Weise dankend erwiderte. Später brachte die Bürgerschaft einen Fackelzug dar, die ganze Stadt war prächtig erleuchtet. Am Montag Vormittag ließ der Kaiser die Garnison allarmiren (Infanterie Regiment Nr. 91 und Dragoner Regiment Nr. 19), besichtigte dieselbe mit dem Großherzog und trat dann, nach herzlichem Verabschiedung von der Großherzogin, unter dem brausenden Zuruf vieler Tausende die Weiterreise nach Wilhelmshaven an.

Kaiser Wilhelm bei der Marine.

Zur Begrüßung des Kaisers in Wilhelmshaven hatten sich von Berlin der kommandirende Admiral und der Staatssekretär des Reichs-Marineamts, aus Hannover der Oberpräsident v. Bennigsen und der kommandirende General des 10. Armeekorps, ferner der Regierungs-

präsident und die Spitzen der städtischen Behörden eingefunden; seitens der Marine waren anwesend die Admirale der Nordseestation, ein zahlreiches Offizierkorps aller Chargen und eine Ehrenwache vom neuformirten 2. Seebataillon, welches der Kaiser bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in der neuen Gestalt sah. Vom Bahnhof begab sich der Monarch, welcher die Admiralsuniform angelegt hatte, durch die reich geschmückte Stadt direct an Bord der zur Abreise seelbar bereitliegende Kreuzercorvette „Alexandrine“, welche er 12 1/2 Uhr Mittags betrat. Nach Besichtigung der Matrosen-Ehrenwache bestieg der Kaiser die Commandobrücke, die Anker wurden gelichtet und unter dem jubelnden Hurrah der in die Raen gekletterten Matrosen, die lustig ihre Mühen schwenkten, dem Salut der Strandbatterie und den enthusiastischen Zurufen der am Ufer versammelten Tausende trat das Schiff, die Kaiserstandarte hoch am Top, die Reise in die Südsee an. Draußen in der Außenjahde lag als Wachtschiff das Panzerschiff „Friedrich der Große“ und der Aviso „Greif“ mit einem Torpedo Divisionschiff und einem Torpedoboot. Das Wachtschiff salutirte, der Kaiser begab sich an Bord des „Greif“ und geleitete auf diesem die „Alexandrine“ bis in die Höhe der Insel Wangeroog, bei Sonne, starker Brise und ziemlichem Seegang, beim Abschied durch Flaggen-signale Schiff und Mannschaft Gottes Schutz empfehlend. Das seit dem 1. October im Mittelmeer befindliche und jetzt auf der Heimkehr begriffene Schulgeschwader hatte in Gibraltar den telegraphischen Befehl erhalten, seine Fahrt so zu beschleunigen, daß der Kaiser es am Montag Nachmittag vor Wilhelmshaven besichtigen könne. Der Befehl war jedoch nicht ausführbar gewesen und der Kaiser kehrte nach sechsstündiger Seefahrt an Bord des „Greif“ gefolgt von den Torpedoschiffen, nach Wilhelmshaven zurück, wo im Marinecasino ein großes Festmahl zu Ehren des Monarchen veranstaltet war. Der Kaiser hat dann in Wilhelmshaven Nachtquartier genommen, um die Ankunft des für Dienstag angemeldeten Schulgeschwaders zu erwarten. Die gesammte Marine ist durch die ihr vom obersten Kriegsherrn persönlich gewidmete Aufmerksamkeit und Theilnahme auf das Freudigste bewegt, ebenso die Bevölkerung der Küstenlande, welcher darin hoffnungsvolle Bürgschaften für die zukünftige Entwicklung der deutschen Schifffahrt und des deutschen Seehandels erblickt.

Zur Bekämpfung der Hochwassergefahr in Posen.

Unser Kaiser hat seine persönliche Anwesenheit in Posen dazu benutzt, sich über die Ursachen der wiederkehrenden Hochwassergefahr und über die Möglichkeit ihrer Beseitigung zu unterrichten. Unter dem 6. April haben darauf die städtischen Behörden von Posen eine Dankadresse an den Kaiser gerichtet, worin sie, auf die Ursachen der Ueberschwemmung eingehend, um Einsetzung einer aus Vertretern aller theilhaftigen Dienstzweige zuammengesetzten Immediatkommission zur Berathung der zu treffenden Maßnahmen bitten und sich namentlich der Hoffnung hingeben, „daß die zum Schutze der Stadt gegen Hochwassergefahren erforderliche Umgestaltung der fortifikatorischen Anlagen ohne jede Beeinträchtigung der Vertheidigungsstärke ausführbar sein werden.“ Seine Majestät hat nun an den Oberpräsidenten Grafen v. Zedlitz-Trützschler nachstehende Mittheilung bezüglich der Stadt Posen gelangen lassen: „Da aus militärischen Gründen die West-Encinte nicht fallen kann, habe Ich befohlen, daß bis auf ein Kilometer vom Hauptwall das Rahengefäß im Westen der Stadt aufgehoben werde; es kann daher dort oben mit Bauten nach jeder Richtung hin angefangen werden.“ Se. Majestät spricht am Schlusse sein Freude darüber aus, daß damit der Stadt Posen geholfen werde. Bereits sind auch Anordnungen getroffen worden wegen des baldigen Zusammentritts einer Kommission zur Prüfung der zulässigen Schritte behufs Verbesserung der Vorfluthverhältnisse in und bei Posen.

Convertirung von Eisenbahn-Prioritäten.

Der Finanzminister hat mehrere verstaatlichte Eisenbahn-Prioritäten gekündigt und den Inhabern den Umtausch derselben in 3 1/2 procentige Preussische Consols angeboten. Es sind dies folgende Prioritätsobligationen:

1.	4%	Bergisch-Märkische IX. Serie (Privilegium vom 29./5. 1876).	
2.	4%	Berlin-Anhalter II. Emission	25./6. 1856).
3.	4%	Berlin-Görlitzer Lit. B.	9./10. 1871).
4.	4%	Berlin-Hamburger I. Emission	27./11. 1846).
5.	4%	Berlin-Potsdam-Magdeburger Lit. C. neue Emission	25./8. 1862).
6.	4%	Breslau-Schweidnitz-Freiburger Lit. K.	21./12. 1874).
7.	4%	Cöln-Mindener V. Emission	17./9. 1862).
8.	4%	Magdeburg-Halberstädter von 1865	12./4. 1865).
9.	4%	Oberschlesische Lit. D.	24./5. 1853).
10.	4%	„ „ G.	28./5. 1866).
11.	4%	„ „ Emission v. 1873	9./4. 1873).
12.	4%	„ „ „ 1874	24./7. 1874).
13.	4%	„ „ „ 1880	5./1. 1880).

- | | | | |
|-----|----|-------------------------------------|--------------------------------|
| 14. | 4% | Oberschlesische Emission v. 1883 | (Privilegium vom 19./2. 1883). |
| 15. | 4% | Rechte Ober-Ufer I. von 1877 | " " 7./2. 1877). |
| 16. | 4% | Rheinische Serie I. | " " 2./8. 1858). |
| | | | und vom 26./11. 1860). |
| 17. | 4% | Schleswigsche | |
| 18. | 4% | Thüringische Serie VI. | (Privilegium " 23./5. 1874). |
| 19. | 4% | Berlin-Stettiner III. Emission | " " 6./9. 1858). |
| 20. | 4% | Breslau = Schweidnitz = Frei- | |
| | | burger Lit. H. | " " 6./4. 1872). |
| 21. | 4% | Breslau = Schweidnitz = Frei- | |
| | | burger von 1876 | " " 26./6. 1876). |
| 22. | 4% | Oberschlesische Lit. F. I. Emission | " " 26./6. 1857). |
| 23. | 4% | Rheinische Serie II. | " " 2./8. 1858). |
| | | | und vom 29./2. 1864). |

Für den Umtausch sind folgende Bedingungen festgesetzt: Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3 1/2 % consolidirten Staatsanleihe gewährt. Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen 4 % Zinsansprüchen noch bis zum zweitnächsten Zinsfälligkeitstermin belassen, also für die 18 erstgenannten bis zum 1. Januar 1890, für die fünf letztgenannten bis zum 1. April 1890. Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben dies bis spätestens 30. April dieses Jahres bei gleichzeitiger Einreichung der Obligationen zu erklären. — Der Umtausch der gekündigten Obligationen in 3 1/2 procentige Consols liegt bei dem zeitigen Course der letzteren im Interesse der Inhaber.

Stand der Saaten.

Nach Mittheilungen des Staatsanzeigers aus sämtlichen Regierungsbezirken Preußens läßt sich für jetzt ein sicheres, allgemeines Urtheil über den gegenwärtigen Stand der Saaten nicht abgeben, da letztere in vielen Provinzen erst kürzlich schneefrei geworden sind. Den Meldungen aus der Rheinprovinz und der Provinz Hessen-Nassau zufolge sind dort die Saaten gut durch den Winter gekommen und zeigen einen befriedigenden Stand, während in der Provinz Brandenburg und in den angrenzenden Bezirken der Provinz Sachsen die Aussichten bezüglich der Winterstaaten als nicht sehr günstige bezeichnet werden. Der Saatenstand im Regierungsbezirk Bromberg wird als ziemlich dürftig geschildert. In der Provinz Hannover und dem Regierungsbezirk Magdeburg wird der gegenwärtige Stand der Roggenstaaten günstiger dargestellt, als derjenige des Weizens, während in den Bezirken Minden und Düsseldorf Weizen besser entwickelt ist, als Roggen. Mit der Frühjahrsbepflanzung hat in Folge ungünstiger Witterung vielfach noch gar nicht begonnen werden können. Aus mehreren Bezirken machen sich Klagen über Futtermangel bemerkbar.

Zur wirthschaftlichen Lage

wird uns aus Königsberg i. Pr. geschrieben: Die Lage der Landwirtschaft ist in Folge der nach Quantität und Qualität geringen Ernte immer noch eine wenig günstige, und in einzelnen Kreisen namentlich haben die kleinen Besitzer in Folge des vielfach sehr ungünstigen Ausfalles der Kartoffelernte eine große Einbuße zu verzeichnen. Dies hat sich insbesondere auch bei den auf Brennereibetrieb eingerichteten größeren Gütern gezeigt, auf welchen außerdem vielfach wegen des frühzeitig und in ungewöhnlicher Stärke aufgetretenen Frostes ganz erhebliche Mengen von Kartoffeln nicht mehr haben angehoben werden können. Auch die eingetretene erhebliche Preissteigerung kann den erlittenen Ausfall ebensowenig wie bei anderen Erzeugnissen decken, da die Mengen, welche der Landmann in der eigenen Wirthschaft entbehren und daher zum Verkauf stellen kann, keine bedeutenden sind. Die Lage der arbeitenden Klassen dürfte trotz der gestiegenen Kartoffelpreise als eine nicht unbefriedigende gelten. In der hiesigen Stadt und deren Umgebung fanden die arbeitsfähigen Leute bei den zahlreichen öffentlichen Bauten hinreichende Arbeitsgelegenheit und guten Verdienst.

Auch in den königlichen Forsten waren Arbeiter zur Beseitigung des durch den Orkan vom 24. November v. Js. entstandenen Windbruchs gesucht und in landwirthschaftlichen Kreisen machte sich sogar an manchen Stellen ein Mangel an Angebot von Arbeitskräften geltend, da vielfach jugendliche Arbeiter aus dem diesseitigen Bezirke nach dem Westen auswandern, um dort lohnendere Beschäftigung zu suchen.

Von Samoa.

Die Kreuzerfregatte „Olga“, welche bei dem furchtbaren Orkan in Samoa gestrandet war, ist wieder flott gemacht worden und nur leicht beschädigt am 13. April in Sidney eingetroffen, um ihre Havarie auszubessern. In Apia ist ein Nachtcommando von 100 Mann zurückgelassen, um die deutschen Interessen zu schützen.

Schlimm scheint es mit dem amerikanischen Schiff „Ripje“ aus, das

früher als die „Olga“ wieder abgebracht worden war, aber schwer beschädigt zu sein scheint. — Die drei interessirten Staaten, Deutschland, England und Amerika, haben sich dahin verständigt, daß einstweilen bis zum Schluß der Samoakonferenz je ein Kriegsschiff in Samoa stationirt werden soll. Für Deutschland ist bekanntlich die „Sophie“ von Sanjibar aus unterwegs, welche ihrerseits durch die „Alexandrine“, die am Montag im Beisein des Kaisers vor Wilhelmshaven auslief, abgelöst werden soll.

Die Samoakonferenz

wird ungefähr Anfang Mai in Berlin zusammentreten. Die drei amerikanischen Delegirten Kaffon, Phelps und Bates sind unterwegs. Der letztere war 1886 als Specialcommissar der Vereinigten Staaten in Samoa. Nach einem Artikel, den er noch im Aprilheft einer amerikanischen Zeitschrift veröffentlicht hat, ist er ein schroffer Anhänger der Monroe-Doctrin d. h. des Anspruchs, daß die Ver. Staaten ein natürliches Monopol auf die wirthschaftliche Beherrschung ganz Amerikas besitzen und europäische Einmischungen nicht dulden dürfe. Diese Doctrin sei auch auf Samoa auszudehnen, welches eine beherrschende Lage auf dem Seewege zwischen Californien und Australien und zwischen Panama und China habe. Herr Bates verlangt möglichst schroffes Auftreten, eventuell Gewalt zur Aufrechterhaltung der Neutralität von Samoa, die bekanntlich von Deutschland garnicht angegriffen worden ist, und glaubt, daß in einem Kriege die deutschen Handelsschiffe eine leichte Beute der amerikanischen Kreuzer sein würden. Englische und amerikanische Blätter wollten aus diesem Artikel schließen, daß von deutscher Seite Herr Bates nicht als Delegirter zur Samoakonferenz angenommen werden würde. Indessen wird der Herr Delegirte in Berlin vielleicht gerade eine bessere Einsicht gewinnen. In nicht amtlicher Stellung soll den Delegirten der frühere samoanische Consul Sewall beigegeben sein, der sich vor dem Congreß in Washington zum Anwalt sehr deutschfeindlicher Auslassungen gemacht hatte und schließlich von dem dortigen Staatssecretär Bayard fallen gelassen wurde. — England wird auf der Conferenz durch den Botschafter in Berlin, Malet, vertreten, dem ein oder zwei Delegirte aus London beistehen werden.

Vom Hofe.

Berlin, 16. April 1889.

Unser Kaiser wird voraussichtlich heute Abend von seiner Reise hierher zurückkehren.

Unsere Kaiserin ist seit einigen Tagen durch einen leichten Erkältungszustand genöthigt das Zimmer zu hüten, befindet sich aber, wie verlautet, wieder auf dem Wege der Besserung.

Kaiserin Augusta hatte am Sonntag Nachmittag, nach Aufhebung der Familientafel im königlichen Palais, auch noch einer Sitzung des Kuratoriums des Evangelischen Magdalenen-Stiftes beigewohnt. — Am Grünen Donnerstag wird wie alljährlich im königlichen Palais die Abendmahlfeier für die gesammte kaiserliche Familie und am Charfreitage ebendasselbst ein Gottesdienst stattfinden.

Kaiserin Friedrich hat mit den Prinzessinnen Töchtern seit Sonntag ihren Aufenthalt in Hamburg genommen.

Personalien.

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern.

Die Regierungs-Referendare von Alvensleben aus Potsdam, Bertrand aus Arnberg, Dr. jur. Freiherr von Humbracht aus Potsdam, Cosack aus Münster, Freiherr von Troschke aus Bromberg und Dr. jur. von Beckerath aus Cassel haben am 13. d. Mts. die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

Dem Landrathe von Unruh ist das bisher von ihm kommissarisch verwaltete Landratsamt im Landkreise Bromberg endgültig übertragen worden, und dem Regierungs-Assessor Freiherrn von Zedlitz-Leipe zu Frankfurt a. O. ist die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Schweidnitz, Regierungs-Bezirk Breslau, übertragen worden.

Der Regierungs-Assessor Dr. jur. Dhes zu Erfurt ist an das königliche Ober-Präsidium zu Schleswig versetzt worden.

Die nächste Nummer erscheint des Osterfestes wegen am Mittwoch, den 24. April.